

Rezensionen

Tharun, Elke (Hrsg.): Integration von Siedlung und Verkehr. Beiträge zur Diskussion. – Frankfurt a. M. 1998. = Rhein-Mainische Forschungen, Nr. 115

Unter dem Titel des Bandes sind drei am Institut für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung der Universität Frankfurt in den Jahren 1997 und 1998 erstellte Diplomarbeiten abgedruckt. Hierbei handelt es sich um drei inhaltlich und räumlich ganz unterschiedlich angesiedelte Arbeiten, die auch hinsichtlich der methodischen Herangehensweise eine große Heterogenität aufweisen:

- 1) Verkehrswirkungen kommerzieller Freizeitgroßeinrichtungen. Das Beispiel Musicaltheater Niedernhausen (von Holger Rudolph)
- 2) Welchen Beitrag kann die Regionalisierung des Schienen-Personen-Nahverkehrs zur besseren Vernetzung von Bahn und Siedlung leisten? (von Stephan Kyrieleis)
- 3) Der schienengebundene Personen-Hochgeschwindigkeitsverkehr als Entwicklungsimpuls für das Bahnhofsumfeld (von Nicole Giffel und Katrin Steinke).

Der Bezug zum Titel des Sammelbandes ist dabei äußerst locker und in den einzelnen Beiträgen auch höchst unterschiedlich stark ausgeprägt. Wer systematisch erarbeitete neue Erkenntnisse zum Wechselspiel von Siedlungsstruktur und Verkehrsgeschehen sucht oder zumindest eine Zusammenfassung des derzeitigen Diskussionsstandes erwartet, würde von dem Band sicherlich enttäuscht, da der Titel eine Einheitlichkeit suggeriert, die von den Einzelbeiträgen nicht eingelöst wird. Vielleicht hätte der Band besser unter dem weniger reißerischen Titel: „Jüngere verkehrsgeographische Untersuchungen aus dem Frankfurter Institut für Kulturgeographie“ publiziert werden sollen.

Der Beitrag über Freizeitgroßeinrichtungen skizziert die Entwicklungstendenzen im Freizeitverkehr, einem Feld, dem in den letzten Jahren mehr und mehr die ihm zukommende Beachtung geschenkt wird. Danach werden die neueren Entwicklungstendenzen hin zu kommerziellen Freizeitgroßeinrichtungen mit den entsprechenden

Implikationen für die Raumplanung dargestellt, wobei der Beitrag in diesen Bereichen aber kaum über bereits vorhandene Literatur (z. B. von Hatzfeld) hinausgeht. Die Stärke des Beitrags liegt darin, daß eigene empirische Erhebungen der Besucher eines konkreten Musicaltheaters dargestellt und analysiert werden. Abschließend werden die (begrenzten) Möglichkeiten zu Modal-Split-Beeinflussungen diskutiert, die beim von Freizeitgroßeinrichtungen induzierten Verkehrsaufkommen einen höheren ÖV-Anteil bewirken könnten, und dabei insofern auf den Rahmentitel des Gesamtbandes Bezug genommen, als die planerische Steuerung der Standortwahl als eine mögliche Interventionskomponente behandelt wird.

Während der erste Beitrag auf eigenen Primärerhebungen basiert, werden im zweiten Beitrag im wesentlichen auf der Basis von Sekundärmaterialien die Entwicklungen des SPNV im ländlichen Raum diskutiert. Vor dem Hintergrund der Regionalisierung werden einige Beispiele der Reaktivierung und Modernisierung von Nebenstrecken durch NE-Bahnen vorgestellt sowie das „Karlsruher Modell“ und dessen Diffusion kurz skizziert. Allerdings bleibt die Darstellung weitgehend an der Oberfläche. So wird z. B. kaum auf einer übergreifenden, generalisierenden Ebene diskutiert, ob es generelle Erfolgsfaktoren oder inhibierende Faktorenkomplexe gibt, die aus den einzelnen Fallbeispielen abgeleitet werden könnten. Der Beitrag schließt mit der Zielvorstellung, künftig die Siedlungsentwicklung wieder stärker an den SPNV-Haltepunkten auszurichten.

Mit dem dritten Beitrag wird versucht, die Auswirkungen der Anbindung von Saarbrücken an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz (mit dem Bau der Strecke Paris-Süddeutschland) in einer Art Ex-ante-Evaluierung zu ermitteln. Als Referenzprojekte werden die Folgen des neuen ICE-Bahnhofes Kassel-Wilhelmshöhe ebenso aufgearbeitet wie vergleichbare Projekte an TGV-Strecken in Frankreich. Darüber hinaus wird aber auch der Bogen zur Politik der DB AG gespannt, im Rahmen der sog. 21er-Projekte (von denen das Projekt Stuttgart 21 wohl das bekannteste ist) nicht mehr benötigte innerstädtische Bahnflächen für andere Nutzungen freizugeben und zu vermarkten. Die möglichen Auswirkungen für

den Standort Saarbrücken werden abschließend dann im wesentlichen qualitativ auf der Plausibilitätsebene diskutiert.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß es sich bei allen drei Beiträgen um durchweg handwerklich saubere studentische Abschlußarbeiten handelt. Sie dokumentieren einerseits, daß in den Verkehrswissenschaften neben den rein ingenieurtechnischen Aspekten eine Vielzahl von Feldern bestehen, die in den letzten Jahren auch verstärkt von Verkehrsgeographen kompetent bearbeitet werden, und andererseits noch erheblicher Forschungsbedarf im Bereich Verkehrsmittelwahlverhalten oder Verkehrspolitik besteht. Aber auch die Frage welches Wechselspiel zwischen gebauten physischen Strukturen (im Sinne von *urban physics*) und dem konkreten Verkehrsgeschehen im Sinne von *urban biology* besteht, bzw. ob in den letzten Jahren nicht eine zunehmende Entkoppelung dieser beiden Dimensionen stattfindet, ist bislang alles andere als abschließend geklärt. In diesem Sinne können die Beiträge durchaus als Impulse zur aktuellen Verkehrsforschungsdiskussion gesehen werden.

Abgesehen von dem oben bereits angesprochenen, nur sehr kleinen gemeinsamen Nenner der drei Beiträge stellt sich auch die Frage, ob der Abdruck von (nur leicht gekürzten) Diplomarbeiten in einer Institutsreihe produktiv für die wissenschaftliche Diskussion ist. Zum einen wird in Diplomarbeiten über weite Teile zuerst einmal der Stand der Diskussion zum jeweiligen Forschungsfeld wiedergegeben, der bereits an vielen anderen Stellen in ähnlicher Weise zusammengefaßt und dokumentiert ist. Zum anderen ist eine geographische „Institutsreihe“ als eine Art von Gemischtwarenladen eine Publikationsadresse, die von den eigentlichen Adressaten nur zum Teil wahrgenommen wird. Die in dem Band abgedruckten Beiträge hätten sicherlich, bei einer entsprechenden Fokussierung auf den Kern der Fallbeispiele, interessante und inspirierende Fachartikel in einschlägigen Fachzeitschriften (zu denen z. B. auch die RuR zu rechnen wäre) ergeben und würden dort – im Sinne des Untertitels „Beiträge zur Diskussion“ möglicherweise auch stärker wahrgenommen.

Andreas Kagermeier (Paderborn)

Bachtler, John; Turok, Ivan (Ed.): The Coherence of EU Regional Policy. Contrasting Perspectives on the Structural Funds. – London, Philadelphia: Jessica Kingsley Publ.; London: Regional Studies Association 1997. VII, 405 S., Kt., Abb., Tab., Lit., Index. (Engl.) = Regional Policy and Development, 17

Die Struktur- und Kohäsionspolitik der Europäischen Union ist für die wirtschaftliche und soziale Integration Europas von besonderer Bedeutung. Nach der Agrarpolitik stellt die Regionalpolitik mit 36 % des Budgets der Gemeinschaft den zweitwichtigsten Posten dar. Im Zuge der europäischen Integration hat die Regionalpolitik sukzessive an Gewicht gewonnen. Die aktuelle Programmperiode, die 1999 endet, ist Anlaß für eine neuerliche Prüfung und Reform der Strukturpolitik. Darüber hinaus steht die Reform der Strukturpolitik in engem Zusammenhang mit den Schritten zur Europäischen Währungsunion und den Beitrittsverhandlungen mit einer Reihe von mittel- und osteuropäischen Staaten. Beide Entwicklungen werden weitgehende Auswirkungen für die Regionalpolitik der Gemeinschaft mit sich bringen.

Vor diesem Hintergrund wird mit diesem Sammelband ein frühzeitiger Beitrag zur Reform der Strukturfonds geleistet. Ziel ist eine möglichst umfassende Bewertung regionaler Entwicklungsstrategien, die im Rahmen der Strukturfonds konzipiert und umgesetzt wurden. Dabei ist es Anliegen der Herausgeber, die verschiedenen Perspektiven der räumlichen Ebenen – EU, national, regional und lokal – zum Ausdruck zu bringen und dabei wissenschaftliche und politische Sichtweisen zu reflektieren. Der Herausforderung, einerseits möglichst umfassend und andererseits möglichst tiefgehend zu informieren, versuchen die Herausgeber Rechnung zu tragen, indem in den insgesamt 22 Beiträgen das Schwergewicht auf die Strukturpolitik mit besonderem Augenmerk auf die Ziel-2-Regionen (Regionen mit rückläufiger industrieller Entwicklung) gelegt wird.

Das Buch gliedert sich in vier Teile. Teil I gibt einen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Strukturpolitik und über veränderte regionalökonomische Trends innerhalb der Europäischen Union. Die Entwicklung der Regionalpolitik steht in engem Zusammenhang mit dem Integrationsprozeß der EU. Es wird deutlich, daß sich die Regionalpolitik als Gegengewicht zu der wirtschaftlichen Deregulierungspoli-

tik entwickelt hat. Die Erweiterungsrunden der Europäischen Union waren dabei jeweils mit einer Ausweitung regionaler Disparitäten und räumlicher Problemtypen verbunden. Auch in Zukunft wird die EU mit konfligierenden Kräften konfrontiert, die teilweise eine Konvergenztendenz mit sich bringen, teilweise jedoch auch die regionalen Disparitäten verstärken werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der Vollendung des europäischen Binnenmarktes und der Schaffung der Währungsunion werden anhaltende Divergenzen und damit auch eine zukünftig große Bedeutung der EU-Regionalpolitik in Aussicht gestellt.

Regionale Entwicklungsprogramme und -initiativen im Vereinigten Königreich, die durch die EU-Strukturfonds gefördert werden, stehen im Mittelpunkt des zweiten Teils des Sammelbands. In mehreren Beiträgen werden Auswirkungen und Einfluß der Strukturfonds auf verschiedenen räumlichen Ebenen und durch verschiedene Elemente der Regionalpolitik untersucht. Es wird deutlich, daß den Europäischen Förderprogrammen ein bedeutender Beitrag an der Wiederentdeckung regionaler und strategischer Planung im Vereinigten Königreich beigemessen werden kann. Die Verfügbarkeit der EU-Fördermittel und die Anforderungen der Kommission haben einen deutlichen Einfluß auf die Aktivitäten und Perspektiven der lokalen Gebietskörperschaften im Vereinigten Königreich. So hat die Regionalpolitik dazu beigetragen, daß sich neue Politikstile auf lokaler Ebene herausgebildet haben. Insbesondere der Ermöglichung des „networking“ mit anderen europäischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften werden besondere Impulse für die Entwicklung neuer politischer Initiativen zugeschrieben. Die längerfristig orientierte Regionalplanung der Kommission hat zur Wiederentdeckung regionaler Kapazitäten und Kompetenzen geführt. Gleichwohl wird eines der Hauptprobleme im Zusammenspiel des politisch-administrativen Systems des Vereinigten Königreichs mit dem System der EU-Regionalplanung gesehen, das für die gesamte EU konzipiert wurde. So wird denn auch besonders der zu starke Durchgriff der zentralstaatlichen Ebene auf die lokale Ebene kritisiert. Das Fehlen dauerhafter Strukturen für die Regionalplanung wird als ein zentrales Problem bei der Vorbereitung, Verhandlung und Durchführung der Programme identifiziert.

In engem Bezug hierzu stehen auch die Ergebnisse, die aus dem dritten Teil des Bandes hervorgehen, in dem an Beispielen aus Deutschland, den Niederlanden, Österreich

und Schweden die Gestaltung und Durchführung von regionalen Entwicklungsstrategien in anderen Regionen Europas außerhalb des Vereinigten Königreichs untersucht werden. Dabei wird deutlich, daß eine Reihe von Faktoren die regionalen Entwicklungsprogramme beeinflussen, die weit über regionale Probleme hinausgehen. Hier sind insbesondere, die jeweilige nationale politische Kultur, das Verhältnis zwischen den beteiligten Akteuren in Wirtschaft und Politik oder etwa die Beziehungen zwischen den Strukturfondsmitteln und anderen nationalen, regionalen und lokalen Politiken zu nennen.

Im abschließenden Teil IV werden zusammenfassend Lehren aus den aufgezeigten Erfahrungen gezogen und die mit der Reform der Strukturfonds verbundenen Herausforderungen diskutiert. Dabei wird eine gute Zusammenfassung der aktuellen praktischen Schwierigkeiten gegeben und Änderungsansätze angeboten. Neben Überlegungen zu den Zielen, Strukturen und Verfahren der Strukturfonds werden hier auch Auswirkungen der EU-Erweiterung und der Währungsunion einbezogen.

Insgesamt erlaubt der Sammelband einen tieferen Einblick vor allem in die spezifischen Bedingungen der Umsetzung der europäischen Regionalpolitik im Vereinigten Königreich. Dabei wird insbesondere deutlich, daß die Umsetzung der europäischen Regionalpolitik nach wie vor stark durch nationale Rahmenbedingungen geprägt wird. Es zeigt sich aber auch, daß europäische Regionalpolitik zur Transformation der Politiken im nationalen Kontext beiträgt. Darüber hinaus bietet der Band einen Fundus von Ansätzen zur Reform der europäischen Strukturpolitik, die in der aktuellen Diskussion bedenkenswert sind.

Brigitte Ahlke (Bonn)

Pütz, Robert: Einzelhandel im Transformationsprozeß. Das Spannungsfeld von lokaler Regulierung und Internationalisierung am Beispiel Polen. In: Heinritz, Günter; Klein, Kurt; Kulke, Elmar (Hrsg.): Schriftenreihe Geographische Handelsforschung. – Passau: L.I.S. Verlag 1998

Systemvergleiche – seien sie nun politischer oder ökonomischer Natur – sind immer interessant und vor allem lehrreich: Sie zwingen nicht nur zur gedanklichen Klarheit, was etwa die Beschreibung der wesentlichen Trends und Faktoren anbetrifft, sondern offenbaren dann, wenn sie gut sind, auch die den betrachteten Systemen zugrundeliegenden Zielsysteme und Werteentscheidungen.

Noch viel interessanter – und leider noch viel komplexer – ist der Prozeß, wenn zwei Systeme interferieren, sich überlagern und letztlich zusammenwachsen. Das ist das Thema der Arbeit des Geographen Robert Pütz, der sich mit dem „Einbruch“ eines kapitalistisch orientierten und agierenden West-Einzelhandels in Polen befaßt. In einer wissenschaftlich distanzierten Betrachtungsweise wird dieser wenig elegante Prozeß dann zum „Transformationsprozeß“. Thema der Arbeit ist die Öffnung des ehemals realsozialistischen Distributionsystems in Polen für international agierende Konzerne einerseits und die Privatinitiative vor Ort andererseits.

Um es vorwegzunehmen: Die Untersuchung ist klar gegliedert, bleibt kaum einen Beleg schuldig und arbeitet die theoretischen Vorarbeiten der „Transformations-theorie“ umfassend auf. Sie ist, auch wegen der empirischen Fundierung des Fallbeispiels Wrocław, wissenschaftlich einwandfrei.

So wichtig „emotionslose“ Analysen und Bestandsaufnahmen auch sind, resultiert aus der Distanz gleichwohl ein gewisses Unbehagen, das allerdings weniger dem Autor als vermutlich eher der geographischen Forschungstradition zuzurechnen ist. Denn zweifellos handelt es sich bei der Einführung vollständig neuer Wertesysteme in Staat und Gesellschaft um einen die Lebensbedingungen und individuellen Perspektiven von Menschen existenziell tangierenden Prozeß. Man denke etwa an die vergleichbare Entwicklung, die sich kürzlich in den neuen Bundesländern vollzogen hat, deren wirtschafts- und sozialpolitische Reichweite von vielen noch immer unterschätzt wird.

Doch nun zur Arbeit. Methodisch naheliegend beginnt die Untersuchung mit einer Darstellung der wichtigsten Einflußfaktoren der Einzelhandelsentwicklung bzw. „typischer“ Entwicklungsprozesse in diesem Wirtschaftsbereich. Bezogen auf das marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem ergibt sich danach die Einzelhandelsentwicklung als Ergebnis des sozialen Systems (Konsumenten), des Wirtschaftssystems (Einzelhandelsunternehmen) und des politisch-administrativen Systems (Politiker, Stadtplaner). Als dominante Prozesse im marktwirtschaftlich orientierten Handel sieht der Autor die Konzentration auf der Unternehmensseite, den Betriebsformenwandel und die Veränderung von Standortstrukturen. Als vergleichsweise neues Phänomen kommt die Internationalisierung des Einzelhandels hinzu. (Wenn man sich etwas wünschen dürfte, dann hätte sich die Untersuchung auch mit den unterschiedlichen Wertesystemen und der dynamischen Veränderung des Stellenwerts der drei „Hauptakteure“ in marktwirtschaftlichen Systemen auseinandergesetzt).

Im Gegensatz zum marktwirtschaftlichen System, in dem die Einzelhandelsentwicklung maßgeblich durch Unternehmensentscheidungen determiniert wird, bestimmte im planwirtschaftlichen System Polens vor allem der (zentralistische) Staat. Wesentliche Merkmale dieser Steuerung waren Bürokratismus und Inflexibilität mit den bekannten Folgen von periodischen und zum Teil permanenten Versorgungsproblemen. Die mittel- und langfristigen Pläne, die im übrigen auf ähnliche Ziele wie in der Marktwirtschaft gerichtet waren („quantitativ und qualitativ hochstehendes Versorgungsangebot“), wurden nicht umgesetzt.

Gegenübergestellt weisen die beiden Systeme zum einen anders strukturierte „Akteurssysteme“ und zum anderen sehr unterschiedliche räumliche Angebotsstrukturen des Handels auf (Westen: Trend zur Suburbanisierung, Osten: dezentrale Konzentration).

Spannend wird es – wie bereits gesagt –, wenn sich Systeme wie das der Planwirtschaft sprunghaft ändern und wesentliche Grundzüge anderer Systeme – hier der Marktwirtschaft – annehmen. Theoretische Hilfestellung bieten hier die sozialwirtschaftliche Modernisierungstheorie (zentrale These: „Bestandssicherheit“ erhalten Systeme nur durch eine breite Ausdifferenzierung von Wirtschaft, Politik, sozialer Gemeinschaft und Kultur) und die neoklassisch orientierte Wirtschaftswissenschaft (bezogen auf den Einzelhandel: Ver-

sorgung zu geringen Preisen, Konsumentensouveränität, hohe Flexibilität zwischen Angebot und Nachfrage usw.). Die Auseinandersetzung mit diesen Theorien und insbesondere deren Kritik gehört sicher zu den Stärken der Untersuchung. Angesichts des empirisch darstellbaren Desasters, das die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien im polnischen Einzelhandel hinterließ, werden strategische Empfehlungen und die „theoretische Verklärung“ marktwirtschaftlicher Prinzipien häufig zur Farce. Das Grundproblem und die nicht eingelöste Vision bestand in Polen – wie in anderen osteuropäischen Ländern – darin, Demokratie und Marktwirtschaft gleichzeitig einführen zu müssen.

Bezogen auf den Einzelhandelssektor ging es vor allem um die Einführung eines privaten Boden- und Immobilienmarktes, privater Eigentumsrechte, die Liberalisierung unternehmerischer Aktivitäten und die Dezentralisierung zentralstaatlicher Administration.

Die empirische Analyse des Transformationsprozesses des polnischen Einzelhandels wird in der Arbeit von Pütz auf zwei Ebenen dargelegt. Auf makro-analytischer Ebene werden für das gesamte polnische Staatsgebiet wesentliche Trends des strukturellen Wandels im Einzelhandel nachgezeichnet. Am Fallbeispiel Wrocław beziehen sich die Untersuchungen dann sehr konkret auf die Verhaltensweisen und -möglichkeiten der einzelhandelsrelevanten Akteure. Dazu wurden umfangreiche standardisierte Befragungen und qualitative Interviews durchgeführt. Um die Ergebnisse dieses Prozesses darzustellen, bedarf es – angesichts noch aktueller Erfahrungen aus der Bundesrepublik – nur weniger Stichworte. Im Zuge einer allgemeinen Liberalisierung und beschleunigt durch die Dominanz westlicher Berater sind in Polen inzwischen nahezu alle wesentlichen Handelskonzerne Europas vertreten. Leitinvestitionen vollziehen sich schwerpunktmäßig im Bereich des großflächigen Einzelhandels, für den es weder auf regionaler noch auf lokaler Ebene ausreichende Steuerungsinstrumente gibt. Zur Zeit expandieren vor allem Fachmärkte. Die räumliche Verteilung von Einzelhandelsinvestitionen folgt dabei weitgehend der räumlichen Kaufkraftverteilung, was zu deutlich disparitären Versorgungsstrukturen führt. Sowohl räumlich als auch strukturell betrachtet, bilden sich somit in Polen Einzelhandelsstrukturen heraus, die die gegebenen absatzwirtschaftlichen Marktverhältnisse „ungefiltert“, das heißt ohne die im Westen übliche Steuerung und Dämpfung, widerspiegeln.

Die Dynamik und auch die Heterogenität der Privatisierungsprozesse in Polen illustriert der Autor in hervorragender Weise am Beispiel der Stadt Wrocław. Hierbei geht es nicht nur um die konkrete Ausdifferenzierung des Konflikts lokaler/nationaler Einzelhandelsunternehmen und internationaler Konzerne, sondern auch um die dramatisch ratlosen, weil uninformierten Reaktionen der öffentlichen Verwaltung. Welche Einzelhandelsstruktur letztendlich entsteht, dürfte sich angesichts kaum beschreibbarer Prozesse aus Gewinnstreben, Zufall und widersprüchlichem Verhalten nur schwer theoretisch bestimmen lassen.

Den Abschluß der Arbeit bilden Überlegungen zur Qualität und zum zeitlichen Ablauf des Transformationsprozesses in osteuropäischen Staaten. So kommt es nach Meinung des Autors beim Übergang von der Zentralverwaltungs- zur Marktwirtschaft zu einem „endogen gesteuerten Institutionsimport“, der allerdings nicht im Maßstab 1:1 erfolge. Die konkrete Ausformung des Werte- und Institutionsimports wird überlagert durch traditionelle und regionale Besonderheiten der jeweiligen Staaten. Wichtig sei in diesem Zusammenhang das Verhältnis von nationaler und lokaler Ebene, die Macht bzw. Ohnmacht öffentlicher Institutionen und das Verhältnis lokaler und internationaler Aktivitäten. Schließlich schlägt der Autor – sehr pragmatisch – eine zeitlich sequentielle Phasenbildung für die „typische“ Transformation im Einzelhandel vor; sie umfaßt die Stufen Umbruch, Wachstum, Orientierung und Modernisierung. Jeder dieser Entwicklungsphasen werden bestimmte interne Vorgänge im Einzelhandelssektor, dem Nachfragebereich und den Aktionen der verschiedenen Handelsakteure zugeordnet. Die Typisierung umfaßt im übrigen auch jeweils charakteristische räumliche Verteilungsmuster von Einzelhandelsstandorten.

Die Untersuchung zeichnet sich durch eine engagierte Auseinandersetzung mit einem komplexen, widersprüchlichen und sicher auch unübersichtlichen Gegenstand aus. Zuweilen würde man sich wünschen, daß sich eine derart fundierte und empirisch gestützte Untersuchung auch mehr mit wertenden oder handlungsbezogenen Aussagen verbinden würde. Denn gerade die vorbildlich differenzierte Analyse in Polen macht deutlich, wie dringend der öffentliche Bereich auf allen Ebenen praxistauglicher Handlungsorientierungen bedarf.

Ulrich Hatzfeld (Düsseldorf)

Jessel, Beate: Landschaften als Gegenstand von Planung. Theoretische Grundlagen ökologisch orientierten Planens. – Berlin: Erich Schmidt Verlag 1998. 331 S. = Beiträge zur Umweltgestaltung A, Bd. 139, zugl. Dissertation Technische Universität München 1997

Ausgehend von der Feststellung, daß die Selbstreflexion der Planung im Natur- und Umweltschutz sich gegenwärtig weitgehend auf methodisch-instrumentelle Fragen beschränkt, ein grundlegender theoretischer Diskurs dagegen in der Fachwelt fehlt, versucht Beate Jessel in ihrer Arbeit den Weg zu einem Planungsverständnis zu entwickeln, der die Möglichkeiten und Grenzen von Planung bezüglich des komplexen Betrachtungsgegenstands Landschaft, den Beitrag der Grundlagenwissenschaften sowie planungsspezifische Vorgehensweisen erläutert und problematisiert. Hierzu zieht sie eine Auswahl erkenntnis- und wissenschaftstheoretischer Ansätze heran, die das Verhältnis theoretischen Wissens zu praktischem Handeln thematisieren.

Nach einer fundierten Herleitung und Erläuterung wesentlicher Begriffe gibt die Autorin einen Überblick über die gewählten erkenntnis- und wissenschaftstheoretischen Konzepte und stellt ihre Bedeutung für planungsrelevante Fragestellungen dar. Hier auf folgt ein Vergleich der Ansätze und Arbeitsweisen der Ökologie im Vergleich zu denen anderer Wissenschaften sowie eine Abgrenzung von ökologischer Grundlagenforschung und Naturschutzforschung. Abhandlungen zur Unterscheidung der Arbeitsweisen (ökologischer) Wissenschaft gegenüber denen ökologisch orientierten Planens bilden den Abschluß dieses als Basis für die folgenden Kapitel zu verstehenden Teils. Im Vorgriff auf diese werden Anforderungen an Planung genannt, die sich aus den bisherigen Überlegungen ergeben. Die Autorin versteht es, aufbauend auf einer fundierten Quellenarbeit einen konsistenten Gedankengang zu entwickeln, der die Fülle der theoretischen Bezüge zielorientiert auf planungsrelevante Sachverhalte eingrenzt. Indem sie dabei auch widersprüchliche Ansätze gegenüberstellt, bewahrt sie eine rationale Distanz in der Betrachtung, die einem Verdacht einseitiger Argumentation vorbeugt. Sie ermöglicht damit dem Leser, der sich auf das Komplexitätsniveau einer theoretischen Abhandlung einzulassen bereit ist, über scheinbar selbstverständliche Begriffe und Konzepte des planerischen Alltags zu reflektieren und eigenständig Schlüsse zu ziehen. Rück-

kopplungen zu den Ausgangsfragen am Ende jedes Kapitels erleichtern dabei die Nachvollziehbarkeit des Gedankengangs.

Die zweite Hälfte der Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, wie der Planungsprozeß als Ganzes, aber auch einzelne Teile des Prozesses vor dem Hintergrund der vorhergehenden Ausführungen zu verstehen und auszugestalten sind. Schwerpunkte der Betrachtung liegen dabei auf Möglichkeiten der Prozeßsteuerung, Datenmodellen, Prognose- sowie Wertungsfragen. Dabei erweist sich das von der Autorin u. a. dargestellte erkenntnistheoretische Prinzip, wonach Erwartungen über einen Untersuchungsgegenstand das Ergebnis der Forschung durchaus mitbestimmen, auch für diese Untersuchung als zutreffend. So sind die von ihr formulierten Anforderungen an ökologisch orientiertes Planen keine neuen Erkenntnisse. Sie wurden allerdings bislang nicht in einem solchen Maße theoretisch hergeleitet und – über ein isoliertes Verständnis einzelner Konzepte hinausgehend – nur bedingt zueinander in Beziehung gesetzt. Leider besitzen die anwendungsorientierten Ausführungen allerdings eine Tendenz zur Weitschweifigkeit. So wird – wohl um die Verständlichkeit zu erhöhen – ein und derselbe Gedankengang vielfach mit anderen Worten rekapituliert, was die Klarheit der Argumentation eher mindert. Wohltuend entfrachtend wäre es gewesen, bereits in vorangegangenen Abschnitten dargelegte Sachverhalte nicht ausführlich zu wiederholen, sondern nur über einen Verweis ins Gedächtnis zurückzurufen. Die abschließenden Kapitel, welche sich mit der Ableitung von Konventionen sowie der Bedeutung von Intuition und Kreativität befassen, erscheinen merkwürdig wenig in den übrigen Gedankenfluß integriert.

Die Schlußbetrachtung der Untersuchung bleibt vergleichsweise mager und stellt die Ausgangsfragen noch einmal in den Raum. Anzustreben sei eine Diskussion des zuvor entwickelten Planungsverständnisses und der ihm zugrundeliegenden theoretischen Überlegungen. Wie genau dies erfolgen könnte und welche Zielgruppe in den Diskurs einzubeziehen wäre, mithin an welchen Leserkreis sich die Arbeit von Beate Jessel wendet, bleibt ungenannt. Unwahrscheinlich ist vor dem Hintergrund des Werks, daß die Lektüre die Kluft zwischen universitärer Forschung und behördlicher oder freiberuflicher Praxis in gleicher Weise überwindet, wie ihr Inhalt dies argumentativ für Wissenschaft und planerisches Handeln erreicht. Auch wenn Beispiele helfen, komplexe Konzepte zu veranschaulichen, so hätte die Autorin ihre Arbeit durch

vermehrte Abbildungen und einfachere Sprache auch für wissenschaftstheoretische Neulinge nachvollziehbarer gestalten müssen.

Trotz der genannten Einschränkungen handelt es sich um ein lesenswertes Buch, das gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen schwierigen Rahmenbedingungen von Planung wesentliche Fragen stellt und Antworten versucht. Es wäre erfreulich, wenn die Hoffnung der Autorin sich erfüllte, daß dies ein erster Schritt zu einem fruchtbaren Diskurs der Disziplin sein könnte.

Barbara Knickrehm (Hannover)

Weber, Gerlind (Hrsg.): Raummuster – Planerstoff. Festschrift für Fritz Kastner zum 85. Geburtstag. – Wien: Eigenverlag des Instituts für Raumplanung und Ländliche Neuordnung (IRUB) 1999. 422 S., Kt., Abb., Tab., Lit.

„... die Nutzung und Sicherung des Lebensraumes sind so zu gestalten, daß sie die bestmöglichen nicht bloß für die nächste Zeit sind. Sie müssen zugleich nachhaltig, also dauerhaft sein. Die Verantwortung unserer Generation, den Lebensraum auch für die kommenden Generationen zu erhalten und nicht zu schädigen, ist Auftrag der Raumordnung.“ Dieser Satz wurde bereits vor einem Vierteljahrhundert von Professor Fritz Kastner, dem Pionier der österreichischen Raumplanung, geschrieben.

Zu Ehren des 85. Geburtstages von Fritz Kastner wurde ihm die Festschrift „Raummuster – Planerstoff“ gewidmet. Dieser Sammelband widerspiegelt sowohl die breite fachliche Ausrichtung als auch das Postulat des Jubilars nach der Notwendigkeit einer interdisziplinären Betrachtungsweise und der Zusammenarbeit einzelner Fachdisziplinen im Bereich der räumlichen Planung durch die Fülle an verschiedensten Fachbeiträgen von Autoren und Autorinnen aus dem deutschsprachigen Raum. Es kommen Fachkollegen, Wegbegleiter und Schüler Fritz Kastners sowohl aus der Praxis als auch aus dem universitären Bereich zu Wort. Dementsprechend umfangreich ist auch die inhaltliche Bandbreite dieser Festschrift, die die Komplexität räumlicher Entwicklung sehr gut abbildet.

Dieser Sammelband gliedert sich in folgende Themenbereiche: Raumordnungspolitik, Rechtswissenschaften, Planungstheorie – Nachhaltige Entwicklung – Stadtplanung, örtliche Raumplanung, Architektur – Ver-

kehrsplanung – Naturschutz, Nationalpark – Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft – Wasserwirtschaft. Es werden nicht nur Probleme bzw. Grenzen der Raumplanung und Raumordnung in der Umsetzung vor allem aufgrund politischer sowie gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, sondern auch neue Aufgaben und Herausforderungen für die Raumplanung an der Schwelle in ein neues Jahrtausend durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, durch Berücksichtigung der Aspekte der Nachhaltigkeit und durch permanente neue Entwicklungen in der Computerwelt aufgezeigt. Der Leser wird sowohl mit Planungsbeispielen aus der Praxis, die über den deutschsprachigen Raum hinausgehen, als auch mit aktuellen wissenschaftlichen Themenstellungen, die eine Fülle von Anregungen und Denkanstößen bieten, konfrontiert. Diese Festschrift verschafft dem Leser auf alle Fälle einen guten Überblick über die Vielfalt raumplanerischer Aufgabenstellungen anhand von Retrospektiven, Gegenwartsanalysen und Projektionen in die Zukunft.

Kurz, die Auseinandersetzung mit dieser Festschrift lohnt sich für jeden, der mit Fragestellungen der Raumplanung und Raumordnung auf irgendeine Weise konfrontiert ist.

Elisabeth Gerhardt (Wien)

Anmerkung

Dieses Buch ist nicht im Buchhandel erhältlich, sondern kann kostenlos bestellt werden beim:

Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung (IRUB)
Universität für Bodenkultur Wien
Peter-Jordan-Straße 82
A-1190 Wien
Tel.: (01) 47 654 / 53 50
Fax: (01) 47 654 / 53 53
E-Mail: irub@mail.boku.ac.at

Eberling, Matthias; Henckel, Dietrich: Kommunale Zeitpolitik. Veränderungen von Zeitstrukturen – Handlungsoptionen der Kommunen. – Berlin: Edition Sigma 1998. 205 S., Abb., Tab., Lit. = Forschungen aus der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 7

Jahrzehntelang stand bei der Stadtgestaltung der (umbaute) Raum im Vordergrund. Erst allmählich dringt ins Bewußtsein der Öffentlichkeit und der Fachwelt(en), daß

die (gelebte) Zeit – Zeiterfahrung und -gestaltung – ebensolcher Aufmerksamkeit bedürfen. Über Generationen wurde „Zeit“ als etwas (miß-)verstanden (und mißachtet), das man „hat“ oder „nicht hat“. Heute werden wir Zeugen zentraler Veränderungen im Alltag – flexiblerer Arbeitszeitregime, steigender Mobilität, einer sich verändernden Geschlechterbeziehung, erhöhter Anforderungen an öffentliche und private Dienstleistungen –, die die zeitliche Organisation des Alltags betreffen – und oftmals in einer Weise betreffen, die als Streß und Zeitnot erlebt und beklagt wird. Da ist der Zeitpunkt nicht fern, wo Zeit als kostbares Gut betrachtet und ein behutsamerer Umgang mit ihr, „Zeitpolitik“, gefordert wird.

Die hier besprochene Studie ist als Band 7 der Reihe Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung erschienen. Ihr liegt ein von der Stiftung finanziertes Forschungsprojekt zugrunde, das am Deutschen Institut für Urbanistik/Berlin durchgeführt wurde. Die Studie besteht aus einer empirischen Erhebung zu Zeitstrukturen und Zeitkonflikten in vier deutschen Städten und der theoretischen Auswertung von deren Befunden im Hinblick auf eine zu konstituierende „kommunale Zeitpolitik“ oder das, was die Autoren als „Chrono-Urbanistik“ (S. 185 ff.) in den wissenschaftlichen Diskurs einzuführen bestrebt sind.

Die untersuchten Städte (S. 21 ff.) sind Karlsruhe, Wolfsburg, Münster und Bonn. Geradezu ein „Retortenbeispiel“ für kommunale Zeitpolitik bildet Wolfsburg, weil hier eine „atmende Fabrik“ mit 49 000 Beschäftigten der Kommune von etwa 120 000 Einwohnern und deren Umland das zeitliche Gepräge gibt, von dem Verkehrsströme, Energieflüsse, Freizeitaktivitäten u. a. wesentlich abhängen. Die drei anderen Städte weisen nicht einen einzelnen „Taktgeber“ auf, sondern eine Vielzahl von ihnen. Karlsruhe ist durch öffentliche Dienste, andere Dienstleistungen und eine Fülle von Klein- und Mittelbetrieben geprägt; daher fällt es schwer, ein klar konturiertes Zeitprofil zu erkennen. Münster ist demgegenüber eine Verwaltungs- und Dienstleistungsstadt mit einem Tag- und Nacht- sowie Werktag- und Wochendrhythmus, der von den gemeinhin vorherrschenden Tendenzen zur Flexibilisierung der Arbeits- und Lebenszeiten und zur 24-Stunden-Gesellschaft noch kaum erfaßt erscheint. Bonn stünde dem als Regierungs- und Parlamentsstadt nicht so fern – wäre es nicht durch den Hauptstadtwechsel in einen Umstrukturierungsstrudel gerissen worden, der die Planungs-, Verkehrs-, Dienstleistungsansiedlungs- u. a. Aktivitäten räumlich und

zeitlich dominiert. So paradigmatisch Wolfsburg als Ausgangspunkt kommunaler Zeitpolitik erscheint, so sehr sind doch gerade die drei anderen Städte repräsentativ für zeitpolitische Bemühungen – wenn man einmal davon absieht, daß sich Metropolen nicht darunter befinden –, indem eher eine diffuse als eine klare Struktur von Zeitbestimmungen und –betroffenheiten besteht.

Die analytischen Teile der Studie widmen sich den Handlungsfeldern, die für städtische Zeittakte bestimmend sind. Dabei spielen die Modernisierungsbemühungen im öffentlichen Dienst ebenso eine Rolle wie die Flexibilisierungstendenzen in der Arbeitszeitgestaltung und deren Rückwirkungen auf die alltägliche Lebensführung. Letztere sind um so bedeutsamer, als sie ja den Anlaß geben, über kommunale Zeitpolitik nachzudenken: „eine bewußte Steuerung und Gestaltung von Zeiten“ (S. 158). Von den italienischen Ansätzen unter dem Titel „tempi della città“ haben die bislang zu verzeichnenden Versuche gelernt, auch wenn die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen beider Länder nicht zu verkennen sind (S. 153). Insbesondere werden von den italienischen Experimenten die Felder vorgezeichnet, in denen in Sachen kommunale Zeitpolitik nachgedacht und erprobt wird: Öffnungszeiten öffentlicher und privater Dienstleister; Mobilitätspakete; Zeitbanken; Schulzeiten; Telematik-Anwendungen usw.

Die Studie erbringt Vorleistungen für eine mögliche kommunale Zeitpolitik. Sie trägt vor allem zur Erkenntnis bei, welche Taktgeber städtische Zeitströme beeinflussen, welche Zeitkonflikte zwischen „Taktgebern“ (meist Unternehmen und großen Dienstleistern) und „Taktnehmern“ (meist Arbeitnehmer/innen und Bürger/innen) entstehen, wie mit der Ressource Zeit überhaupt planerisch umgegangen werden kann, welche Instrumente und Akteure dafür bereitstehen. Auf dieser Basis schlägt sie unter dem bereits genannten Begriff der „Chrono-Urbanistik“ die „systematische Integration der Zeitperspektive in die Stadtforschung“ vor (S. 186).

Enttäuscht mag von der Studie sein, wer unter dem Obertitel „Kommunale Zeitpolitik“ detaillierte Angaben und Analysen über zeitpolitische Gestaltungsziele und –mittel erwartet hat. Diese sind nicht Gegenstand der Arbeit. Das Ziel der Studie ist eher die Anreicherung der Stadtforschung um die Zeitperspektive. Um diese Perspektive hat sich Dietrich Henckel bereits in früheren DIFU-Studien verdient gemacht (z.B. Arbeitszeit, Betriebszeit, Freizeit, 1988; Zeit-

strukturen und Stadtentwicklung, 1989). Auf jeden Fall bietet die sich abzeichnende Chrono-Urbanistik wichtige Vorbedingungen für eine kommunale Zeitgestaltungspraxis.

Ulrich Mückenberger (Hamburg)

Lendi, Martin: Politisch, sachlich und ethisch indizierte Raumplanung: am Beispiel der Schweiz – Wien: Selbstverlag des Institutes zur Erforschung von Methoden und Auswirkungen der Raumplanung 1998. 176 S., Abb., Anh., Lit. = Stadt und Region: Schriftenreihe für Städtebau und Raumplanung, Bd. 7

„Die Raumplanung bleibt eine Zukunftsaufgabe, eine Aufgabe für die Zukunft und eine öffentliche Aufgabe, die in Zukunft nötiger ist denn je. Sie setzt die Einbindung in den demokratischen Rechtsstaat voraus und verlangt nach einem Planungsverständnis, das die Zukunft als Frage an die heute Handelnden versteht und ethisch ausrichtet.“

In dieser These von Martin Lendi läßt sich sein Werk zusammenfassen. Martin Lendi will damit nicht die Linie der traditionellen Darstellungen räumlicher Problemsituationen, rechtlicher Randbedingungen, raumplanerischer Ziele und methodischer Planungsansätze fortsetzen, sondern den Nährboden und das Milieu herausarbeiten, in denen sich die Raumplanung entfalten und vollenden kann. Diese thematische Ausrichtung trägt ganz wesentlich zu dem originellen und innovativen Profil des gesamten Werkes bei. Dies gilt vor allem für die couragierte Argumentation und die logische Begründung

- zur Raumplanung als öffentlicher Verantwortung für den Lebensraum,
- zu der unerläßlichen politischen Legitimierung der Raumplanung sowie
- zu der geradezu schicksalhaften Vernetzung von Raumplanung und politischer Planung.

Wie ein roter Faden und zugleich als die zentrale Botschaft zieht sich der Zusammenhang von Ethik und Raumplanung durch das gesamte Werk. Für Martin Lendi hat die Raumplanung als Verantwortungswahrnehmung für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Schöpfung in hohem Maße ethische Verpflichtungen. Im Zentrum dieser ethischen Dimension der Raumplanung steht die „Ehrfurcht vor dem Leben“. Es gilt, das menschliche, tierische und pflanz-

liche Leben in seiner Vielgestaltigkeit und in seiner Verbreitung sowie in seiner gegenseitigen Bedingtheit zu erhalten und zur Entfaltung zu bringen. In diesem Sinne ist für Martin Lendi das Prinzip der nachhaltigen Raumentwicklung in der Substanz nichts anderes als ein Ausdruck dieser ethischen Dimension, die eine Ausweitung der raumplanerischen Interdisziplinarität bis in die Philosophie und die Theologie erfordert.

Martin Lendi erteilt allen Selbstzweiflern und Kritikern, welche die Raumplanung in Frage stellen, eine überzeugende Absage. Es ist jetzt an der Zeit, daß sich die Raumplanung der Vollendung ihrer „Pionierphase“ bewußt wird und ihre in Jahrzehnten herausgebildeten wissenschaftlich-methodischen Grundlagen und rechtlichen Instrumente selbstsicher und konsequent zur Bewältigung ihrer rechtmäßigen und gesellschaftspolitischen legitimierten Aufgaben einsetzt.

Der Verschleiß des politisch-administrativen Systems, die entfesselte Wirtschafts- und Finanzordnung und der Verfall moralisch-sittlicher Werte, wie insbesondere Solidarität, Rechtstreue und Zukunftsverantwortung, engen jedoch die Wirksamkeit der Raumplanung zunehmend ein. Von daher erscheint die von Martin Lendi mutig eingeforderte ethisch indizierte Raumplanung von existentieller Tragweite und deshalb zwingend erforderlich. Die Profilierung der ethischen Dimension der Raumplanung durch Martin Lendi in der ihm eigenen aufrechten und gewissenhaften Darstellungskraft verdient höchste Anerkennung.

Obwohl Martin Lendi seine deklamatorischen Folgerungen vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen, rechtlichen und politisch-administrativen Verhältnisse in der Schweiz entwickelt, sind seine Botschaften im Kern auch und insbesondere auf Deutschland übertragbar. Dieses Werk hat es verdient, eine breite planungspolitische Diskussion und eine wissenschaftliche Erforschung einer zukunftsfähigen ethischen Fundierung der Raumplanung in Gang zu setzen.

Gerd Turowski (Dortmund)

Nägele, Frank: Regionale Wirtschaftspolitik im kooperativen Bundesstaat. Ein Politikfeld im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung. – Opladen: Leske + Budrich 1996. 345 S., Tab., Lit.

„Regionale Wirtschaftspolitik im kooperativen Bundesstaat“ ist eine politikwissenschaftliche Dissertation, die die Übernahme dieses Politikfeldes in das vereinigte Deutschland nach 1990 untersucht. Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses steht dabei die Frage, wie sich die föderalen Strukturen in Deutschland an die neuen verschärften regionalen Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland nach der Wiedervereinigung angepaßt haben.

Dazu führt der Autor in drei Teilen in die regionale Wirtschaftspolitik ein. In einem ersten Teil werden die Aktivitäten der regionalen Wirtschaftspolitik bis zur Vereinigung 1990 ausführlich dargestellt. Ein zweiter Teil beschreibt die Rahmenbedingungen der regionalen Wirtschaftspolitik in den neuen Ländern. Der dritte Teil gilt schließlich der regionalen Wirtschaftspolitik in den neuen Ländern. Die Rolle der Treuhandpolitik und anderer Förderungsinstrumente des Bundes wird bei dieser Betrachtung berücksichtigt.

Das eigentliche Ergebnis der Dissertation wird in einem kurzen, abschließenden vierten Teil herausgestellt. Das föderale System der Bundesrepublik hat die Herausforderungen durch die Wiedervereinigung in der regionalen Wirtschaftspolitik bisher ohne Zentralisierungs- bzw. Föderalisierungstendenzen angenommen. Der deutsche Föderalismus hat sich in diesem Politikbereich gegenüber den enormen ökonomischen und politischen Problemen als außerordentlich anpassungsfähig erwiesen.

Die Hinführung zu dieser politikwissenschaftlichen Erkenntnis erweist sich in den ersten drei Teilen als eine systematische Abhandlung, die durchaus Lehrbuchcharakter für diesen Politikbereich besitzt. Eine präzise, klare Sprache macht das Buch gut lesbar. Durch die Auswertung von 34 nicht-standardisierten Interviews mit Experten, von Tages- und Wochenendzeitungen und wissenschaftlicher Literatur bietet es auch dem bereits mit der Materie vertrauten Leser zahlreiche Einblicke in die politischen Entscheidungsprozesse zur regionalen Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren.

Claus-Christian Wiegandt (Bonn)

Bade, Klaus J.; Weiner, Myron (Ed.): Migration Past, Migration Future. Germany and the United States. – Providence, Oxford: Berg-hahn Books 1997. XVII, 158 S., Abb., Tab., Lit., Index (Engl.)

Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland haben eine Reihe demographischer Gemeinsamkeiten, was ihre internationalen Wanderungsbeziehungen betrifft. Deshalb macht es Sinn, die Einwanderungsprozesse, die gesellschaftliche Integration der Einwanderer, die politische Diskussion und die juristische Behandlung von Zuwanderung im jeweils anderen Land zu betrachten und aus den gemachten Erfahrungen Erkenntnisse und Nutzen für sich selbst zu ziehen. Die American Academy of Arts and Sciences und die German-American Academic Council Foundation betrieben deshalb ein Projekt, das sich mit freiwilliger und erzwungener Wanderung in beiden Ländern befaßt. Unter dem Titel „Migration and Refugees“ sind fünf Publikationen konzipiert, von denen die vorliegende den ersten Band darstellt. Er hat insofern Basischarakter, als er das Grundlagenwissen für die folgenden Bände legt.

Gegenstand des Bandes ist ausdrücklich nicht der Einfluß deutscher Einwanderung auf die Vereinigten Staaten, sondern die Auswirkungen, welche Wanderungen auf die beiden Gesellschaften hatten und haben. Das Buch enthält vier Artikel, je zwei die USA und Deutschland betreffend. Das Thema Migration wird im großen historischen Zusammenhang gesehen, der zeitliche Rahmen spannt sich (schwerpunktmäßig) vom 19. Jahrhundert bis in die nahe Zukunft der nächsten dreißig Jahre. Der Komplexität des Themas angemessen, sind die Bearbeiter eine interdisziplinäre Gruppe von Historikern, Demographen, Soziologen und Politikern.

Kapitel 1 beschreibt die Wende Deutschlands vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland, beginnend mit der Besiedelung Osteuropas durch Siebenbürger Sachsen und andere, diesen Kreis schließend mit der Zuwanderung von Aussiedlern aus Osteuropa in diesen Tagen. Zur demographischen Massenbewegung geworden, prägten im Kaiserreich die Wanderungen die öffentliche Diskussion und gaben den Anstoß für politische Entscheidungen (Reichsauswanderungsgesetz 1897, Reichswanderungsgesetz 1919). Vor diesem Hintergrund ist es paradox, daß im heutigen Deutschland die historisch höchsten Zu-

wanderungen auftreten, daß aber gleichwohl keine Einwanderungspolitik betrieben wird.

Kapitel 2 befaßt sich mit der Aufnahme und der Eingliederung von Zuwanderern in die Vereinigten Staaten. Schon früh war die Gesetzgebung des Landes darauf angelegt, Zuwanderung zu ermutigen und die Integration zu fördern. Dabei entstand eine Vielfalt von Rahmenbedingungen und Maßnahmen, die die Eingliederung begünstigten. Es wird allerdings auch deutlich, daß die Türen zum gelobten Land nicht allen Ethnien offenstanden. Deutsche Einwanderer werden beispielhaft für die Eingliederungsvielfalt aufgeführt. Sieben Millionen kamen zwischen 1820 und 1990, sie prägten Landwirtschaft, Handwerk, Industrie, das Erziehungswesen, die Küche, die Religionsausübung. Aber zwei Weltkriege beeinträchtigten ihre Identität erheblich.

Kapitel 3 befaßt sich mit Deutschland als Einwanderungsland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Differenzierung der Einwanderung in zeitliche Phasen mit unterschiedlichen Einwanderungsgruppen (nach Herkunft, Motiv, Staatsangehörigkeit, rechtlichem Status) unterstreicht die Vielfalt der Ursachen, aber auch die Kontinuität des Zuwanderungsdrucks. Die Differenzierung des Aufnahmelandes nach Regionen und Gemeinden wie auch die Unterteilung der Wirtschaft nach Sektoren belegen die stark unterschiedlichen Ausländeranteile bei Wohnbevölkerung und Erwerbspersonen. Die Einbürgerungspraxis wurde bislang sehr zurückhaltend ausgeübt. Noch immer wird dem Rotationsmodell nachgegangen, daß nämlich ein großer Teil der Zugewanderten sich nur temporär in Deutschland aufhält und in seine Herkunftsländer zurückkehren wird. Eindrücklich wird die den Ausländern innewohnende Dynamik gezeigt. Modellrechnungen belegen, daß ihre Zahl auch ohne zusätzliche Zuwanderungen weiter wachsen würde.

Kapitel 4 schließlich beschreibt die wichtigsten Wanderungsströme nach den USA im 20. Jahrhundert mitsamt ihren wechselnden ethnischen Zusammensetzungen. Modellrechnungen des US Census Bureaus bis zum Jahr 2020 belegen Verschiebungen der ethnischen Bevölkerungsstrukturen zugunsten der Gruppen mit Nettowanderungsgewinnen. Schließlich folgt ein Versuch, Zusammenhänge zwischen dem Wanderungsgeschehen und der ökonomischen Entwicklung, insbesondere der Arbeitsmarktdynamik, herzustellen. Da die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Ein-

wanderungen seit den 1980er Jahren schlechter geworden sind, sehen die Autoren eine Gefährdung des sozialen Netzes und rufen zu einer Neuformulierung der Einwanderergesetze auf.

Der Band macht deutlich, wie sehr die demographische Entwicklung beider Länder international verwoben ist. Ökonomische Krisen könnten leicht dazu führen, daß große Menschenmengen – aus der Karibik dort, aus den Maghreb-Staaten oder Osteuropa hier – sich auf den Weg ins vermeintlich gelobte Land machen könnten. Die Labilität ist eine weitere Gemeinsamkeit der Wanderungssysteme Deutschlands und der USA.

Hansjörg Bucher (Bonn)

Tamásy, Christine: Technologie- und Gründerzentren in Ostdeutschland – eine regionalwirtschaftliche Analyse. – Münster: Lit-Verlag 1996. XV, 216 S., Kt., Abb., Tab., Lit., Zus. (engl., franz.), Anh.

Technologie- und Gründerzentren (TGZ) spielen seit Beginn der 80er Jahre in der regionalen Wirtschaftspolitik und insbesondere in der Forschungs- und Technologiepolitik auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene eine wichtige Rolle. Wesentliche Funktion dieses Instruments ist die „Begünstigung unternehmerischer Standortgemeinschaften durch ein mehr oder weniger umfassendes Angebot an Mieträumen, Gemeinschaftseinrichtungen, technischen Dienstleistungen und vor allem Beratungsleistungen“ (S. 1). Ziel der Gründung von TGZ gerade in den neuen Ländern war und ist die Förderung innovativer Unternehmen, um eine Forcierung des Strukturwandels, eine Erhöhung des Innovationspotentials und insbesondere die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund war es das Ziel der hier besprochenen Untersuchung, theoretische und empirische Wissenslücken und Forschungsdefizite über die Wirkungen der Zentren in Ostdeutschland zu schließen. Aus raumordnerischer Sicht von besonderem Interesse sind dabei die Aspekte, die sich mit der regionalwirtschaftlichen Wirksamkeit von TGZ auseinandersetzen, nämlich mit den *Standortvoraussetzungen* und den *Wirkungen bzw. Effekten* der Einrichtungen.

Ein wichtiges, wenn vielleicht auch nicht ganz überraschendes, Ergebnis der Untersuchung ist, daß die *Standortwahl* der inno-

vativen Unternehmensgründer mehrheitlich durch persönliche Präferenzen vorbestimmt war. Das endogene regionale Innovationspotential bestimmt daher in großem Maße den Erfolg der Akquisitionsbemühungen und die Auslastung der TGZ in Ostdeutschland. Dieses Ergebnis wird in einigen von der Autorin vorgestellten empirischen Untersuchungen auch für Westdeutschland bestätigt. Als weitere bedeutende externe Standortvoraussetzung werden Absatzmarktnähe sowie eine gute Verkehrsanbindung genannt.

Welche meßbaren *regionalwirtschaftlichen Effekte* erzielen die TGZ in Ostdeutschland? Die Untersuchungsergebnisse der Autorin zeigen, daß der Beitrag zur *Neugründung von innovativen Unternehmen* nur gering ist. Überwiegend scheint es sich bei Nutzung des TGZ-Angebots um Mitnahmeeffekte gehandelt zu haben, d. h. die Gründung der Unternehmen – die meist durch Ortsansässige erfolgte – wäre auch ohne TGZ erfolgt. Der Anteil der aus anderen Regionen angezogenen Gründer – für die das Angebot des TGZ ein entscheidender Standortwahlfaktor ist – blieb darüber hinaus gering, so daß die TGZ nur bedingt als Instrument zur überregionalen Unternehmensakquisition taugen. Der Beitrag zur *Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze* ist nach Einschätzung der Autorin mit etwa 4 100 Beschäftigten zahlenmäßig zwar gering, qualitativ dagegen bedeutsam, da etwa zwei Drittel dieser Beschäftigten über einen Hoch- oder Fachhochschulabschluß verfügen.

Obwohl die hier ausgewählten, für die Raumordnung besonders relevanten Ergebnisse eine eher zurückhaltende Bewertung nahelegen, werden Technologie- und Gründerzentren in Ostdeutschland als ein grundsätzlich wirksames Instrument angesehen, die Umstrukturierung der regionalen Wirtschaft zu unterstützen. Die Autorin warnt aber auch vor einer Überschätzung der quantitativen Beschäftigungswirkungen: „Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der TGZ liegt vielmehr in mittel- bis langfristig zu erwartenden Verbesserungen der Wirtschaftsstruktur und des Innovationsklimas“ (S. 172).

Vor dem Hintergrund vergleichbarer Problemstellungen können die Ergebnisse dieser Untersuchung auch in den Staaten Mittel- und Osteuropas von großem Interesse sein. Auch diese sind konfrontiert mit einem enormen Umstrukturierungsbedarf ihrer nationalen und regionalen Wirtschaft, der sich mit der zunehmenden Annäherung an die Europäische Union – bis hin zum

Beitritt – noch beschleunigt. Die ostdeutschen Erfahrungen mit einer Förderung des Innovationspotentials und seiner Vermarktung sollten bei der weiteren Ausgestaltung der nationalen, aber auch der europäischen Regionalpolitik berücksichtigt werden. Die Rezeption in diesen Ländern könnte durch eine Verbreitung der Untersuchungsergebnisse in englischer Sprache erleichtert werden.

Jens Kurnol (Bonn)

Mohr, Bernhard; Schröder, Ernst-Jürgen: Landwirtschaft des Hohen Schwarzwaldes. Beispiel Hinterzarten. Vom Wandel einer Agrar- zu einer Erholungslandschaft im 19. und 20. Jahrhundert. – Konstanz: Verlag Friedr. Stadler 1997. 204 S., Kt., Abb., Tab., Lit. = Hinterzartener Schriften, Bd. 5

In dem Buch werden am Beispiel von Hinterzarten die strukturellen Veränderungen der Landwirtschaft von 1800 bis 1950 (Kap. 2) und in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts (Kap. 3) und ihre Raumwirksamkeit im Hohen Schwarzwald vorgestellt. Hier kam es zu einem Funktionswandel von einer produktionsorientierten zu einer die Kulturlandschaft pflegenden Agrarwirtschaft. Obwohl diese wegen der Standortnachteile auf Ausgleichszahlungen angewiesen ist, erbringt sie doch unverzichtbare Vorleistungen für einen erfolgreichen Fremdenverkehr, der heute im Hohen Schwarzwald Haupteinverdienungsgrundlage ist.

Das Buch, das klar gegliedert und mit zahlreichen Abbildungen und Fotos umfassend illustriert ist, wendet sich nicht nur an Geographen und Studenten, sondern an alle Leser, die einmal Urlaub in einer bestens gepflegten Kulturlandschaft machen möchten und diese auch mit Hintergrundwissen und fundiert kennenlernen wollen.

Hermann Harbrecht (Bonn)